

Die LINKS-Bezirksrätin Mag<sup>a</sup> Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. September 2024 den folgenden

## **ANTRAG**

### **betreffend**

### **VERRINGERUNG DER LICHTVERSCHMUTZUNG AUF DER WIEDEN**

Der amtsführende Stadtrat für Umwelt, Mag. Jürgen Czernohorszky, wird ersucht, gemeinsam mit den anderen Ressorts einheitliche Richtlinien für den Umgang mit Lichtimmissionen zu erarbeiten, um die negativen Auswirkungen der Lichtimmissionen auf Mensch und Umwelt im Bezirk zu reduzieren.

#### **Begründung**

Die Lichtverschmutzung nimmt jährlich zu. Private Lichtquellen, insbesondere Geschäftsbeleuchtungen und Gebäudeanstrahlungen, sind für zwei Drittel des über Wien abgestrahlten Lichts verantwortlich. Die innerstädtischen Bezirke, somit auch die Wieden, sind besonders stark von derartiger Lichtverschmutzung betroffen.

Die menschliche Gesundheit, aber auch Tiere und Pflanzen werden durch das Kunstlicht negativ beeinflusst. Es gibt sogar Studien, die von einer erhöhten Krankheitsanfälligkeit bzw. sogar der Entstehung von Krebszellen sprechen.

Der durch die Lichtimmissionen erzeugte Stromverbrauch geht mit Unmengen an Treibhausemissionen einher. Die Reduktion künstlicher Außenbeleuchtung ab 22 Uhr auf ein sicherheitstechnisch notwendiges Maß würde daher auch eine wichtige Klimaschutzmaßnahme zur Erreichung der Klimaziele bzw. Klimaneutralität bis 2040 der Stadt Wien bedeuten.

Bei der Maßnahmengestaltung ist sicherlich auf einiges Bedacht zu nehmen. So sollten z. B. Leuchten nur nach unten strahlen und nicht über die Horizontale abstrahlen. Expert\*innen wissen dazu weit mehr als wir im Bezirk.

Die Magistratsabteilung 33 agiert vorbildlich, wie wir mit dem Thema umgehen sollten, das Thema ist aber in anderen Abteilungen und Bereichen weitgehend unbeachtet. Durch die unterschiedlichen Lichtquellen sind verschiedene Dienststellen mit unterschiedlicher Beurteilungsgrundlage zuständig.

Die Querschnittsmaterie Lichtverschmutzung ist durch eine ganzheitliche Behandlung der Auswirkungen auf Wiener Landesebene in Form von Richtlinien zu bearbeiten und aufgrund der Kompetenzverteilung weiter auf Bundesebene aufzuzeigen und zu regeln. Nur so können in Zukunft negative Folgen für Menschen und Umwelt auf der Wieden und darüber hinaus weitgehend reduziert werden.

Mag<sup>a</sup> Amela Pokorski